

Schreiben über die Gleichschaltung des Verbandes der Sittichliebhaber* vom 23. August 1933, Auszug



„Hierdurch teile ich Ihnen als Führer des VSH, Verbandes der Sittichliebhaber, Sitz Hannover, mit, dass sich der Verband am 29. Juni d.J. im Sinne der nationalen Regierung gleichgeschaltet hat. Der Vorstand besteht zu 100% aus Nationalsozialisten. Die Vorstandsmitglieder, die die Mitgliedschaft zur NSDAP infolge der verhängten Aufnahmesperre nicht erwirken können, haben die Erklärung abgegeben, dass sie hinter der nationalen Regierung stehen und die Mitgliedschaft beantragen werden, sobald diese wieder möglich ist. [...]
Jeder, der es versuchen sollte [...] gegen den nationalsozialistischen Gedanken zu handeln, werden wir unnachsichtlich aus unseren Reihen entfernen.“

* Vorher Verein der Wellensittichzüchter

Quelle: Schreiben von Johannes Schräpel, Führer des Verbandes der Sittichliebhaber in Hannover-Linden, Höpfnerstr. 3 an den Reichsinnenminister vom 28.8.1933, in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. 1: Deutsches Reich 1933-1937, hrsg. v. Götz Aly u.a., München 2008, S. 236 f.

Bitte von Luise Rupprecht den konkurrierenden jüdischen
Straßenhändler des Platzes zu verweisen, 17. Juni 1933
Auszug

„Hochgeehrter Herr Polizeipräsident.

Als Kleinhändlerin, Besitzerin [eines Straßenstandes] in der Körnerstr.
2 Ecke Elsasserstr. II wende ich mich an Sie
mit einer herzlichen Bitte um Hilfe.

Seit Jahrzehnten habe ich dieses kleine Geschäftchen inne und
fristen wir zu dritt, ich selbst meine Schwester und deren Kind, unser
Leben. Dass wir kleinsten Händler kein leichtes Brot haben, sondern
nur mit Pfennigverdienst arbeiten können [...] dürfte bekannt sein.
[...]

Seit einigen Wochen hat sich mir direkt gegenüber in der Körnerstr.
auf der Straße ein Handwagen hingestellt mit denselben Artikeln, wie
ich sie handle, Gemüse und Obst, allerdings mit dem Unterschied,
dass ich deutsche Erzeugnisse führe, während dieser Straßenhändler
nur ausländische Erzeugnisse verkauft.

Der Händler ist ein jüdischer junger Mann [...].*

Bei den zahlreichen in unserer Gegend vorhandenen
[Straßenständen] [...] besteht tatsächlich nicht das geringste
Bedürfnis, dass ausgerechnet ein fremdrassiger jüdischer und
zweifellos kommunistischer Straßenhändler
in unserer Gegend uns Deutsche noch die wenige
Verdienstmöglichkeit, die wir hatten schmälert.

Eine ehrliche alte Vorkosthändlerin bittet daher den Herrn
Polizeipräsidenten höflichst und herzlichst um Abhilfe, damit der
jüdische Straßenhändler direkt vor meinem Laden verschwinde.
[...]

Herr Polizeipräsident, helfen Sie doch einer armen Frau die
unerwünschte jüdische Konkurrenz loswerden, die gegen jede
Notwendigkeit hier sich etabliert hat.“**

* Es handelte sich um Nathalius Szikowitz, der seit dem 01.04.1933
an dem ihm von der Stadt zugewiesenen Standort seinen
Straßenhandel betrieb.

** Der Polizeipräsident unterstützte Rupprechts Bemühungen,
Szikowitz` Zulassung wurde für ungültig erklärt, er bekam in ganz
Breslau keine Zulassung mehr.

Ein Bonner Bürger protestiert bei Ministerpräsident Göring gegen die Verfolgung der deutschen Juden, 3. Mai 1933 Auszug

„Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Ich will mich ganz kurz fassen, es ist die Judenfrage. Ich bin waschechter „Arier“, habe auch nat. soz. gewählt, aber mit der Lösung der Judenfrage kann ich mich (in Übereinstimmung mit den meisten meiner Landsleute) nicht einverstanden erklären. [...]

Auch im Mittelalter gab es Judenverfolgungen, diese hatten aber immerhin einen idealen Zweck, näml. die restlose Ausbreitung des Christentums. Wenn der Jude „Christ“ geworden war, hörte seine Verfolgung auf. Heute wird aber nicht mehr die Religion, sondern die Rasse bekämpft.

Die Katholiken lehnen dies als unchristlich ab, wir sollen alle Menschen lieben [...]. Wir Katholiken lehnen diesen Hass ab, erkundigen Sie sich einmal bei der katholischen Geistlichkeit. [...].

Nun noch eine praktische Seite der Judenfrage: Die Juden dürfen nicht „Beamte“ werden, sie dürfen nur in beschränktem Maße studieren und „gelehrte Berufe“ ausüben, kein Arier darf sie aber in Anspruch nehmen oder von ihnen etwas kaufen, ja wovon sollen die Leute denn leben? [...] was soll also mit ihnen geschehen? Sie bilden also einen Staat im Staate, wie es in den schlimmsten Zeiten des Mittelalters der Fall war, ein Zustand, der sich bestimmt nicht bewährt hat.

Dieser Standpunkt ist des deutschen Volkes unwürdig und zieht ihm auch die Feindschaft des Auslandes zu. Wenn Juden gefehlt haben, sollen sie betrafft werden, aber die meisten Juden in Deutschland sind doch kleine, durchaus harmlose Leute, die wir uns vielleicht nicht zu unseren Freunden und zum persönlichen Verkehr aussuchen, die aber weiter nichts verbochen haben, als dass sie eben Juden sind. Das geht nicht, damit muss ein Ende gemacht werden.

Ich bitte Sie, verehrter Herr Ministerpräsident, hierfür zu sorgen.“*

* Das Schreiben ging ohne weitere Veranlassung am 10.05.1933 zu den Akten.

Quelle:
Handschriftlicher Brief von A. Müller, Bonn, an Ministerpräsident Hermann Göring vom 3.5.1933, in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. 1: Deutsches Reich 1933-1937, hrsg. v. Götz Aly u.a., München 2008, S. 150 f.